

Wir wünschen  
allen frohe  
Festtage und  
alles Gute für  
2023!

# Linke der Elbe

Zeitung des örtlichen Verbandes Heidenau-Dohna-Müglitztal der Partei DIE LINKE

## Es reicht! Das Leben muss bezahlbar sein

Strom-, Gas-, Öl- und Lebensmittelpreise gehen schon seit einigen Monaten „durch die Decke“ und das nicht erst seit Beginn des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine. Auch die kommenden Abschläge und Jahresabrechnungen werden den EndverbraucherInnen viele schlaflose Nächte bereiten. Die Anzahl derer, die sich dann in existenziellen Nöten sehen, wird deutlich steigen, und die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter aufgehen. Wir als LINKE fordern spürbare Entlastungen für all jene, die es wirklich brauchen und keine Ausgleichszahlungen mit der Gießkanne, bei denen Vielverdienende und Superreiche im Zweifel sogar höhere Zahlungen erhalten als geringfügig Beschäftigte oder Personen mit niedrigen Einkommen. RentnerInnen und Studierende waren bei den Entlastungspaketen zunächst überhaupt nicht berücksichtigt. Auch auf Druck der LINKEN wurde das nun endlich korrigiert.

Wir fordern, dass alle Haushalte im Niedriglohnsektor oder ohne Einkommen einen monatlichen „Klimabonus“ von 125 Euro plus 50 Euro für jedes weitere Mitglied im Haushalt bekommen. Wir fordern, dass die HartzIV-Regelsätze auf die angemessene Höhe von 678 Euro, so wie es die Sozialverbände errechnet haben, angehoben werden. Wir fordern, dass die Extragewinne,

die Unternehmen in der Krise erzielt haben, auch zusätzlich besteuert werden. Das gilt neben den Mineralölkonzernen und den Handelsketten auch die Rüstungsindustrie.

Wir fordern schon seit langem, und gerade auch in diesen Zeiten, die Vermögensteuer wieder einzuführen sowie eine einmalige Abgabe ab einem Nettovermögen von zwei Millionen Euro zu erheben, damit wir in Bildung, Pflege und Klimaschutz investieren können. Wir fordern eine staatliche Preisaufsicht für Strom und Sprit, damit die Absprachen zwischen den Konzernen unterbunden werden können. Wir fordern ein Mobilitätsgeld für alle PendlerInnen, egal ob sie das Auto oder den Öffentlichen Personennahverkehr zur Arbeit nutzen.

Wir fordern einen bundesweiten Mietendeckel, denn Wohnen wird

immer teurer. Strom- und Gasabschaltungen dürfen in der Krise ebenso nicht mehr stattfinden wie Zwangsräumungen wegen nicht gezahlter Nebenkosten. Wir fordern schließlich perspektivisch, dass die Energieversorgung und der ÖPNV wieder in die öffentliche Hand kommen.

Mit all diesen Forderungen sind wir als Abgeordnete, Antje Feiks als Landtagskollegin und ich, im Rahmen der Aktion „Heißer Herbst“ in zahlreichen Orten unseres Landkreises unterwegs. So auch im September in Heidenau auf dem Busbahnhof. Herzlichen Dank an alle, die uns dabei bislang unterstützt haben. Wir werden auch über die Wintermonate auf die zunehmend prekäre Situation vieler Menschen aufmerksam machen.

André Hahn, MdB



# Weihnachten im Widerspruch

Weihnachten ist das Fest der Liebe, der Hoffnung und des Friedens. So wird es von den meisten Menschen, die Weihnachten feiern, gesehen und begangen.

In der Welt aber gibt es Hunger, Machtkämpfe, kriegerische Auseinandersetzungen innerhalb vieler Völker, Wassernot, Flüchtlingsdramen und Ungerechtigkeiten der verschiedensten Art. Manche Ereignisse waren weit weg und kümmerten uns wenig, andere wiederum ließen uns besorgt aufhorchen, weil sie uns mit betrafen. So wünschten wir uns für 2022, dass es ein Jahr des Miteinanders in der Gesellschaft, des sorgsameren Umgangs mit unserer Erde, der Mehrung des Wohlstandes und vor allem des Friedens wird. Viele Wünsche gingen in Richtung Liebe und Herzlichkeit in der Familie, Freude an den Kindern, Fürsorge für die Alten und Kranken, auch in der Hoffnung, dass Mittel entwickelt werden, die gegen Covid-19 und Krebs gefunden und eingesetzt werden. Viele Wünsche und Hoffnungen! Und dann kam der Februar 2022. Überfall Russlands auf die Ukraine.

„Nie wieder Krieg!“ war der Schwur aller Menschen dieser Erde, die den Zweiten Weltkrieg erlebt und durchlitten hatten. Dass von Russland ein Krieg ausgehen würde, der als Ziel die Wiederherstellung des Territoriums der Sowjetunion hat, ist für die Mehrheit der Menschen noch immer unfassbar. Präsident Putin hat den Schwur „Nie wieder Krieg!“ schon vor der Ukraine-Invasion mehrfach gebrochen. Er hat damit große politische, ökonomische und militärische Veränderungen in ganz Europa und in der Welt in Gang gesetzt. Unsere Solidarität gilt den Menschen der Ukraine. Ihnen in

ihrer schrecklichen Notlage beizustehen, ist unsere Verpflichtung. Alles kann helfen: Nahrungsmittel, Bekleidung, medizinische Mittel, Flüchtlingsaufnahmen, Geld, Fahrzeuge, Stromerzeuger, Wasserauf-

funktionierende Energiemarkt führt zu Einkäufen von Öl und Gas aus Ländern, die die Energiepreise bestimmen und enorm erhöhen. Der Krieg Putins, die Inflation, die Energiekrise und der Klimawandel – das



bereitungsanlagen, auch Fachleute und viele andere Mittel – aber auch Waffen? In welche Lage hat uns der russische „Zar“ Putin gebracht? In diesen Krieg hineingezogen zu werden, ist auch für uns die größte Gefahr der Gegenwart. Verantwortliche Politiker sagen: „Mit Waffen Frieden schaffen!“ – wie soll das gehen? Der russische und der ukrainische Präsident schließen andere Wege aus. Frieden wird es aber nur geben, wenn die Waffen schweigen. Eine andere Lösung ist nicht zu sehen.

Was hat das mit uns und dem Weihnachtsfest zu tun? Der Krieg in der Ukraine verstärkt die Inflation (übermäßige Geldentwertung, Überteuering aller Waren). Riesige Kosten entstehen für den Staatshaushalt zur Sicherung der Lebensbedürfnisse der Bevölkerung und der Landesverteidigung. Der auf Russland orientierte und nicht mehr

sind alles von Menschen gemachte Erscheinungen unserer Zeit, die auch ihre Wirkungen auf unser Weihnachten haben.

Und gerade weil wir Weihnachten als Fest der Familie lieben, denken wir an die Menschen, die von den Weihnachtsfreuden ausgeschlossen sind: an die Obdachlosen, die Kranken, die Einsamen, an die Menschen, die in meist sinnlosen Kriegen ihr Leben einsetzen. Wir denken aber auch an die Arbeitenden in den Krankenhäusern und Pflegeheimen, an die Mitarbeiter des Verkehrswesens und an alle anderen, die irgendwo ihren Dienst für uns tun.

Trotz aller Widrigkeiten dieser Zeit wünsche ich ein frohes Weihnachtsfest, ein glückliches Leben bei bester Gesundheit und Frieden in allen Ländern dieser Welt.

*Hans Beyer*

# Viele Haushalte akut armutsgefährdet

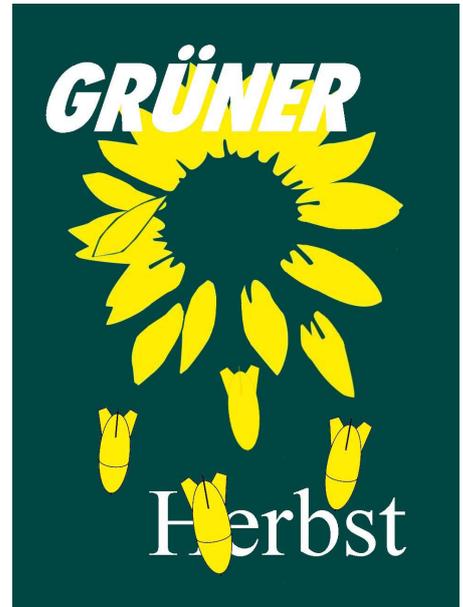
*Die beiden Vorsitzenden von DIE LINKE, Sachsen, Susanne Schaper, und Stefan Hartmann, erklären gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Rico Gebhardt, zur Einigung von Bund und Ländern auf Hilfsmaßnahmen gegen die Energiekrise:*

„Die Bundesregierung und die Länder haben es nicht geschafft, sich rechtzeitig auf gerechte Hilfe zu verständigen. Viele Haushalte sind wegen der Preiserhöhungen weiter akut armutsgefährdet und werden das wohl auch bleiben. Die Gaspreisbremse wirkt erst nach dem Winter – Grund für diese Verspätung sind nicht etwa technische Gründe, die jetzt ins Feld geführt werden, sondern das monatelange Rumeiern der Regierenden. Seit Monaten fordern wir einen Gaspreisdeckel, der rechtzeitig hätte konzipiert werden können. Offenbar gilt es jetzt als umsetzbar, dass die Gaspreisbremse rückwirkend für den Februar gilt. Dann sollte sie auch rückwirkend für den Januar gelten!

Es wäre gerecht, wenn reiche Haushalte mit hohem Verbrauch nicht ein viel größeres Energiekontingent subventioniert bekämen als ärmere Haushalte. Der Millionär mit Villa und Pool bekommt viel mehr Kilowattstunden gedeckelt als die Friseurin in ihrer 50-Quadratmeter-Wohnung, die schon immer sparen musste. Wir schlagen stattdessen

ein Grundkontingent für den Durchschnittsverbrauch vor: 10.000 Kilowattstunden Erdgas pro Jahr gedeckelt auf jeweils 9 Cent. 25 Prozent davon sollen für die Haushalte kostenfrei sein. Die Differenz zwischen Marktpreis und Grundkontingent wird zu 80 Prozent über staatliche Zuschüsse finanziert, die Differenz von 20 Prozent auf den Verbrauch oberhalb des Grundkontingents aufgeschlagen. So entsteht insbesondere für überdurchschnittlich Verdienende mit viel Wohnraum ein Anreiz zum Sparen. Kommt dies nicht, so muss die Staatsregierung wenigstens dafür eintreten, dass überreiche Haushalte solidarisch zur Krisenbewältigung beitragen. Sie sollten deutlich mehr Einkommensteuer sowie eine Vermögensteuer entrichten.

Es ist lächerlich, dass die Strompreisbremse erst bei einem Preis von 40 Cent pro Kilowattstunde greifen soll. Die allermeisten Verträge liegen darunter und sind dennoch zu teuer. Für Strom fordern wir ein subventioniertes Grundkontingent von 1.200 Kilowattstunden pro Person und Jahr. 25 Prozent sollen kostenfrei sein, ab 110 Prozent dieses Durchschnittsverbrauchs die Preise steigen. Auch das entlastet die allermeisten Haushalte, während Vielverbrauchende zur Sparsamkeit angereizt werden. Am Strommarkt darf nicht mehr der teuerste Anbieter den Preis bestimmen.“



*Anbei eine Grafik von den Nachdenkseiten. Bilder sagen manchmal mehr als tausend Worte ... die mit dem Auftreten der Grünen verbundene Hoffnung, symbolisiert in der Sonnenblume, und der anschließende Niedergang bis hin zur Kriegsbereitschaft und Kriegstreiberei: Grüner Herbst. Die Grafik verdanken wir einem Leser aus Worpswede. Hier sein Leserbrief, verbunden mit der Anregung, diese Grafik weiterzuverbreiten, sie auszudrucken und ans Fenster und an die Rückscheibe Ihres Autos zu heften, oder als Postkarte weiterzuschicken:*

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte mich einmal herzlich für Ihre tolle Arbeit bedanken. Sie leistet einen wichtigen Beitrag dazu, Menschen wie mich vor völliger politischer Verzweiflung zu bewahren. Parteienlandschaft und Mainstreampresse haben aus meiner Sicht seit 1945 ihren absoluten Tiefpunkt erreicht. Ich habe eine kleine Grafik montiert, die einen Aspekt der Problematik aufgreift. Vielleicht gefällt Sie Ihnen. Ich gestatte Ihnen hiermit die kostenlose Veröffentlichung. Herzliche Grüße sendet aus dem Teufelsmoor Ihr N.N.

# Ist „Bedingungsloses Grundeinkommen“ sozial?

Im September 2022 fand in der Partei DIE LINKE ein Mitgliederentscheid statt, ob ein „Bedingungsloses Grundeinkommen“ (BGE) in die Programmatik der Partei aufgenommen werden soll. Er geht zurück auf die Initiative der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Grundeinkommen in der Partei, die unter wesentlicher Federführung der damaligen Parteivorsitzenden Katja Kipping einen solchen Entschluss durchgesetzt hat.

Eine deutliche Mehrheit der teilnehmenden Mitglieder von 56,64 Prozent sprachen sich dafür aus, nur 38,43 Prozent dagegen. Dabei hatte der Parteivorstand aus sehr guten Gründen empfohlen, dagegen zu stimmen. Entsprechend wird bei einem Parteitag zur Abstimmung gebracht, ob die Forderung nach einem BGE ins Parteiprogramm aufgenommen wird und wenn ja, mit welcher Formulierung.

Die Idee von sogenannten Linken hinter dem BGE von 1200 Euro im Monat (Stand Kaufkraft von 2020) besteht stark verkürzt gesagt darin, dass sich niemand mehr in eine lohnabhängige Arbeit begeben muss, um einen bescheidenen Lebensstandard zu halten. Wer auf etwas mehr Konsum setzt, muss dann halt arbeiten gehen und das Ganze für die anderen mitfinanzieren. Gedanken über die Finanzierung haben sich diese Anhänger durchaus gemacht. Schließlich lassen sich Bedürftigkeitsprüfungen, Arbeitslosengeld, Krankengeld und gesetzliche Unfall- und Rentenversicherung einsparen. Macht ja nichts, wenn es dann ein paar Millionen Arbeitslose mehr gibt, denn die bekommen ja dann das BGE. Vielleicht auch weni-

ger Arbeitslose, falls es genug Menschen gibt, die das Recht auf Faulheit für sich in Anspruch nehmen. Die zählt ja dann eh keiner mehr.

„Stark verkürzt“ deshalb, weil es dazu ganze Bücher füllende Ausarbeitungen gibt. „Sogenannte Linke“ deshalb, weil die Idee des BGE auch in rechtskonservativen Kreisen verbreitet ist. Deren Idee ist ebenfalls die Kostenersparnis für die Sozialsysteme und die Möglichkeit, wesentlich niedrigere Löhne zahlen zu müssen und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu verbessern (vgl. Dieter Althaus CDU oder Götz Werner von DM-Drogerie). Schließlich hat ja jeder sein Auskommen und verdient sich durch lohnabhängige Arbeit soviel dazu, wie er für mehr Konsum braucht. Auch die m.E. falsche Philosophie vom „Ende der Arbeit“ steckt dahinter, weil die steigende Arbeitsproduktivität nicht genug bezahlte Vollzeitarbeit für alle bereithält. BGE heißt ja auch für Millionäre: ein regelmäßiges monatliches Taschengeld obendrauf.

Wenn es nicht genug kaufkräftige Nachfrage nach lohnabhängiger Arbeit gibt, heißt das aber nicht, dass es nicht jede Menge Arbeit gibt, die wenn überhaupt, ehrenamtlich geleistet wird. Soziale Betreuung verschiedener Art, Kunst und Kultur, Körperkultur und Sport, Ordnung und Sauberkeit, Wissenschaft außerhalb bezahlter Stellen/Projekte sind Bereiche, die mir da spontan einfallen. Die Umverteilung so zu lenken, dass diese Tätigkeiten gewürdigt werden und das, solange es Kapitalismus gibt, nicht nur aber vor allem in Geld, wäre m.E. der richtige Ansatzpunkt für linke Forderungen.

Selbst das Ideal eines fernen Kommunismus enthielt kein Recht auf Faulheit, sondern das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“. Also nichts mit bedingungslos, sondern unter einer wie auch immer gearteten gesellschaftlichen Kontrolle. Diese „emanzipatorischen“ Arbeiten sollten selbst zu einem Bedürfnis werden. Schließlich macht gesellschaftlich nützliche Arbeit (nicht reine Lohnarbeit) das gesellschaftliche Wesen Mensch erst zum Menschen. Das BGE ist zwar zur „Emanzipation“ des Menschen gedacht, degradiert aber den Menschen zum Tier wie im Zoo und ist damit im Gegensatz zur Absicht menschenverachtend. Wobei die Tiere im Zoo ja ihr Futter und Quartier auch nicht bedingungslos, sondern für die Gegenleistung der Erbauung oder Belustigung des Menschen erhalten.

Ich halte das BGE folglich für asozial und einer linken Partei für unwürdig, auch wenn ich damit offenbar eine Minderheitenposition habe. Die hohe Zustimmung innerhalb der Mitgliedschaft führe ich darauf zurück, dass sich die wenigsten mit den Argumentationen dafür und dagegen überhaupt beschäftigen haben. Schließlich KLINGT es ja sozial, wenn dadurch Hartz IV und Bürgergeld überflüssig werden und die Menschen eine scheinbare Freiheit gewinnen. Es klingt aber nur so, ist es aber nicht. Und es lenkt von den Aufgaben einer linken Partei ab, gegen die Ursachen sozialer Ungleichheit und Spaltung der Gesellschaft vorzugehen.

*Wolf Gommert*

# (Gem)einsame Weihnacht

*Ein alter Mann mit weißem Haar  
verbringt Advent auch dieses Jahr  
voll Hoffnung auf die Weihnachtszeit  
und seine Kinder, die sooooo weit.*

*In seiner stillen, alten Klause  
hofft er auf Trubel dann im Hause.  
Er hofft auf Enkel, Tochter Sohn,  
die nun seit vielen Jahren schon  
nur selten auf Besuch erscheinen,  
um die Familie zu vereinen.*

*Er hofft auf frohes Kinderlachen,  
will selber ihnen Freude machen.  
Er hofft auf eine Weihnachtstanne,  
auf Lichterglanz und Teepunschkan-  
ne*

*Da kommt ein Brief:  
„Wir kommen nicht! Die weite Fahrt-  
aus unsrer Sicht - die lohnt sich  
nicht.  
Doch wünschen wir dir alles Gute,  
das Hänschen kriegt diesmal die  
Rute,  
weil er so oft die Ruhe stört  
und nicht auf unsre Worte hört.“*

*Am Heiligabend, so um zwei,  
sagt Hänschen mittags nebenbei:  
„Was mag denn wohl der Opa ma-  
chen?“*

*Der hat doch sicher nichts zum La-  
chen?  
Der wird heut' Abend einsam sein....  
seid ihr im Alter auch allein?“*

*Der Vater sieht die Mutter an,  
die nickt ihm zu, steht auf ... und  
dann  
sagt Vater zu dem kleinen Hans:  
„Den Stollen und die Weihnachts-  
gans  
gibt's diesmal, wo der Opa wohnt,  
ich meine, dass die Fahrt doch  
lohnt.“*

*Der alte Mann mit weißem Haar  
hört's draußen klopfen: „Ist das*

*wahr?!  
Kann ich mich heute doch noch  
freu'n  
und brauche nicht allein zu sein?“*

*Der Weihnachtsbaum ist schnell ge-  
schmückt,  
und drunter aus der Krippe blickt  
am Abend froh das Christuskind.  
Es sieht, dass alle glücklich sind.*

*Drei Tage dauerte das Fest,  
und jeder stellt für sich dann fest:  
„Zu Hause, wo der Opa wohnt,  
hat sich der weite Weg gelohnt.“*

Arnold Kirchner



## Aufnahme des 8. März in den Feiertags-Katalog!

Liebe Leserin, lieber Leser, ver.di startete am 12. November eine Unterschriftensammlung für einen Volksantrag zur Änderung des Feiertagesgesetzes. Geändert werden soll die Aufnahme des 8. März in den Katalog der Feiertage. Die gemeinsame Beratung von Landesrat und Landesvorstand der Partei DIE LINKE hat bereits am 9. April 2022 beschlossen, dass wir uns am Bündnis beteiligen und somit in guter Gesellschaft mit DGB, IG

BAU, GRÜNE, SPD, jusos, linksjungend, grüne Jugend, Landesfrauenrat und AWO befinden. In den nächsten Wochen werden an die Kreisgeschäftsstelle die Unterschriftenlisten und Flyer geschickt. Wir möchten euch herzlich bitten, aktiv Unterschriften für den Volksantrag zu sammeln, die Listen auszulegen und somit unseren Beitrag für einen erfolgreichen Volksantrag beizusteuern. Von ver.di wird es im Herbst noch eine digitale

Weiterbildung geben, wo es um gute Argumente für den Volksantrag sowie um Organisatorisches zum Unterschriftensammeln geht. *Alle Infos unter [www.volksantragsachsen.de](http://www.volksantragsachsen.de)*

*Anmerkung: Dafür könnte der „Bienenkopf-Gedenktag“ – der Buß- und Betttag – abgeschafft werden. Sachsen ist das einzige Bundesland mit diesem Feiertag. Außerdem ist da sowieso Sch.....lechtes Wetter!*

# Seniorenarbeitsgruppe lebt wieder auf

Vor dreieinhalb Jahren wurde an gleicher Stelle über die Reaktivierung der Seniorenarbeitsgruppe der Stadt Heidenau berichtet. Zu Beginn der 90er Jahre wurde die Arbeitsgruppe dank engagierter Bürgerinnen und Bürger unter Einbeziehung der Stadtverwaltung sowie finanziellen Mitteln über ABM ins Leben gerufen.

Insbesondere die Genossin Rosi Wolf war tatkräftig daran beteiligt. Aus eigener Erfahrung muss ich sagen, dass dabei sehr viel darüber berichtet wurde, was nicht geht, oder welche Schwierigkeiten es gibt. Natürlich soll das nicht darüber hinwegtäuschen, dass Heidenau sich in den letzten 30 Jahren insgesamt positiv entwickelt hat. Hier geht es aber darum, etwa 25 Prozent der Bevölkerung, unsere Senioren, besser ins gesellschaftliche Leben einzubinden.

Um neu zu starten, begannen die Heidenauer Bürgerinitiative und die Linke 2018 neu. Wir hörten von der guten Arbeit der Seniorenvertretung Pirna und begannen einen Erfahrungsaustausch. Frau Anger, die Vorsitzende, war auch in Heidenau und berichtete von der Arbeit, die entscheidend mit davon profitiert, dass es eine enge Anbindung an die Stadtverwaltung gibt. Wichtig war für uns der Kontakt zu Frau Röder, Leiterin des Amtes für Schulen und Familie, in Heidenau. Sie kannte noch Personen und Zusammenhänge aus der Historie. Über sie war es möglich, den Bürgermeister zu bewegen, sich des Themas anzunehmen, mit einem entsprechenden Aufruf im „Heidenau Journal“, interessierte Personen, Vereine, Soziale Dienste und Kirchen möchten sich melden, mit dem Ziel, einen Neubeginn der

Seniorenarbeit zu starten. Nach all den Aktivitäten luden der Bürgermeister und Frau Mucsi für den Oktober 2018 zu einer ersten Zusammenkunft ein, zu der 19 Personen, privat, aus Vereinen, sozialen Diensten und Kirchen kamen. Die Arbeit konnte beginnen. Es wurden zunächst Probleme angesprochen, gesammelt und protokolliert. Bis



Januar 2020 gab noch zwei weitere Zusammenkünfte, mit den Schwerpunkten Mobilität, auch im Stadtgebiet, Fußwege, Parkplätze, Barrierefreiheit, Ruhebänke, Kultur und Sport. Bei den Festlegungen vermisst man Verantwortlichkeiten und Termine. Es wird vielfach nur aufgeschrieben, was gesprochen wird. Das ist zu wenig, keiner fühlt sich direkt zuständig. Da ist nicht nur der Versammlungsleiter gefragt, sondern alle Teilnehmer.

Anfang 2020 kam Corona und damit auch Stillstand bei der Seniorenarbeitsgruppe. Erst im August dieses Jahres konnten wir uns wieder treffen. Zuvor hatte auch der Bürgermeister wieder im Heidenauer Journal zur Mitarbeit aufgerufen. 15 Heidenauer kamen ins Rathaus, um einen Neubeginn zu starten. Neu war auch, dass Frau Scherzer, Sekretärin der Ersten Beigeordnerin, nun Seniorenbeauftragte der Stadt ist. Frau Mucsi ist inzwischen im Ruhestand. Inhaltlich haben sich die Aufgaben für die Teilnehmer nicht geändert. Aus

dem Gremium heraus wurde gefragt, warum die Stadt keinen Seniorenbeirat gründen lässt? Man hat ja damit in Pirna gute Erfahrungen wegen der engen Anbindung an den Stadtrat gemacht. In Heidenau gibt es ja schließlich einen Jugendbeirat, der nun schon zehn Jahre besteht. Herr Opitz ist mehr für einen lockeren und offenen Arbeitskreis zur Interessenvertretung der Senioren. Die Konsequenz für den Arbeitskreis kann nur sein, dass er es selbst nicht so locker sieht und auf Festlegungen und Termine schaut. Der Bürgermeister sitzt ja mit am Tisch.

Das Thema Stadtrundgang in Nord und Süd wurde schon mehrfach angesprochen und inzwischen, nach der ersten Sitzung, durchgeführt. Dabei war enttäuschend, dass betroffene Senioren nicht dabei waren. Es ist zu hoffen, dass es sich nicht nur um mangelnde Kommunikation handelte. Zugegen waren der Bürgermeister mit Vertretern des Bauhofes und des Ordnungsamtes und Frau Scherzer. Beim Rundgang ging es um Blindenorientierung im Bereich Kreisverkehr Nordbahnhof, fehlende Ruhebänke, Wegabsenkungen, erforderliche Sanierung der Beethovenstraße im Bereich Friedhof.

Etwas Positives zum Schluss: Schon lange im Gespräch, nun endlich realisiert ist die Veränderung des Übergangs über den Mittelstreifen an der Käthe-Kollwitz-Straße, Höhe Sonnenhof (Foto). Damit ist es möglich, gefahrlos diesen Weg mit Rollatoren, Rollstühlen und Kinderwagen zu queren. Dafür ein Dank den Initiatoren und Bearbeitern dieses Projektes.

*Peter Fischer*

# Landesparteitag beschließt Leitantrag

## **Investitionen für Erhalt und Transformation der Industrie:**

Presseinformation des Landesvorstands der Partei DIE LINKE vom 6.11.2022

In Löbau hat DIE LINKE. Sachsen auf ihrem Landesparteitag ihren Leitantrag unter dem Titel „Für ein nachhaltiges Sachsen – Wohlstand

Im verabschiedeten Leitantrag macht sich DIE LINKE. Sachsen für massive Investitionen in Infrastruktur sowie Umbau und Erhalt der Industrie in Sachsen stark. Die CDU habe in den letzten 30 Jahren wesentliche Weichenstellungen verhindert. „Die bereits vorhandene Solarindustrie wurde durch fehlende Fördermittel abgewürgt, die Ar-

Infrastruktur, sowie eine sozial tief gespaltene Gesellschaft zu hinterlassen?“, sagte Landesvorsitzende Susanne Schaper in ihrer Rede.

Für eine zukunftsfähige Wirtschaft und eine größere Unabhängigkeit brauche es zudem einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und eine Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe. „Soziales und Ökologie sind keine Gegensätze, wie es häufig dargestellt wird, sondern bedingen sich gegenseitig. Ökologische Politik, die das Soziale negiert, wird keine breite gesellschaftliche Akzeptanz und Wirkung erlangen. Soziale Politik, die die ökologische Nachhaltigkeit preisgibt, beraubt sich selbst ihrer Existenzgrundlage. Es nützt der beste Sozialstaat nichts auf einem sterbenden Planeten.“, ergänzte Landesvorsitzende Susanne Schaper.



erhalten, Beschäftigte schützen!“ beschlossen. Als Gast sprach zudem Parteivorsitzender Martin Schirdewan zu den Delegierten. Er betonte, wie wichtig DIE LINKE als Kraft gegen Armut ist, „zwei Millionen Menschen in diesem reichen Land ernähren sich mit Hilfe der Tafeln. Ein Viertel der Alleinerziehenden in Deutschland lebt in Armut.“, konstatierte Schirdewan.

Mit Blick auf die Energiepreiskrise betonte Martin Schirdewan, dass der politische Druck von links sich durchaus ausgezahlt hat: „Die Gasumlage ist weg und es soll Preisbremsen geben. Zwar nicht so, wie wir das gewünscht hätten, aber wir waren die erste Partei, die diese Forderungen überhaupt erst in die Debatte eingebracht hat.“, betonte Schirdewan und forderte zudem Nachbesserungen an den Maßnahmen.

beitsplätze sind vernichtet. Mittlerweile warten wir für die Installation von Photovoltaikanlagen auf chinesische Importe.“, heißt es beispielhaft im Leitantrag. „Wir sind nicht bereit, den notwendigen Umbau der Produktion durch die Zauberhand der Märkte abzuwarten. Wir müssen ihn gestalten, im Interesse der Beschäftigten in den Betrieben. Wenn wir unsere Industrie erhalten und transformieren wollen, brauchen wir dafür erhebliche Investitionen des Staates.“, sagte Landesvorsitzender Stefan Hartmann.

„Die sächsischen CDU-Regierungen sind ihrer Verantwortung einer strategischen Rahmensetzung nicht nachgekommen. Die Ausrede der CDU war dabei immer eine angeblich „nachhaltige Haushaltspolitik.“ Aber was bitte schön ist nachhaltig daran, den nachfolgenden Generationen eine marode und veraltete

In Dringlichkeitsanträgen sprach sich die Partei gegen die Herabstufung sächsischer Gemeinden im Zuge der Wohngeldreform aus und solidarisierte sich mit den Protesten gegen das autoritär-klerikale Regime im Iran. Die Partei sammelte unter ihren Delegierten zudem Spenden für die Streikkasse der Streikenden der Teigwaren Riesa. 1000 € sind zusammengekommen und sollen den Beschäftigten demnächst übergeben werden.

DIE LINKE. Sachsen wird alle Mitglieder über einen Vorschlag für die Spitzenkandidatur oder das Spitzenduo zur Landtagswahl 2024 entscheiden lassen. Zudem hat der Parteitag beschlossen, die sozialen Beratungsangebote in den Büros auszubauen, da wegen der Energiepreiskrise der Bedarf gestiegen ist.

Tilman Loos

# Nachruf für Inge Biedermann

Am 21. Oktober erhielten wir die traurige Mitteilung, dass unsere langjährige Genossin Inge Biedermann kurz vor ihrem 98. Geburtstag verstorben ist. Wenige Wochen vorher war sie zu ihrer Tochter in den Odenwald gezogen. Gesundheitliche Probleme machten diesen Schritt notwendig.

In früher Jugend schon fand sie den Weg in die Partei, hatte verschiedene Funktionen inne und blieb ihr trotz aller Widrigkeiten bis zuletzt treu. Vor ihrem Umzug meldete sie sich zum Kreisverband Odenwaldkreis der LINKEN um. Als Genossin in unserem Ortsverband war sie bis zuletzt aktiv, hielt Verbindung zu den anderen Genossinnen und Genossen und verteilte unsere Zeitung Links der Elbe in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis. Noch im



Frühjahr des Jahres sprach sie bei einer Veranstaltungsreihe des Vereins „Gemeinsam in Heidenau“ mit Humor und frischem Geist aus ihrem Leben und brachte dabei mit manchen Anekdoten die Zuhörer zum Lachen. Dieser Verein war ihr Kind, sie hat mit aufgebaut und geleitet. Im Alter von knapp über 90 Jahren organisierte sie noch Wanderungen für die Spätaussiedler in Heidenau und Pirna und nahm an diesen teil.

Auf Initiative des Vereins wurde sie für ihre ehrenamtliche Tätigkeit als bisher älteste Preisträgerin mit dem Ehrenamtspreis der Stadt Heidenau ausgezeichnet. Inge Biedermann wird bei allen, die sie kannten, in Erinnerung bleiben.

*Yasi*

## Überall Erpresser!

Der Mieter mit dem kleinen Einkommen muss, wenn er nicht auf der Straße landen will, die immer mehr steigenden (besser: erhöhten) Mieten bezahlen. Oder - der Staat muss eingreifen. Wie schrieb schon Heinrich Zille? „Man kann mit einer Wohnung einen Menschen genau so töten wie mit einer Axt.“ In Berlin wurde das verstanden und ein Mietpreisdeckel auf den Weg gebracht!

Es stellt sich doch die Frage: Wie teuer muss eine Wohnung für den „normalen“ Menschen in Mitteleuropa sein? Welcher Amortisierungszeitraum ist angemessen? Was ist richtig: den Mietpreis deckeln oder auf Kosten des Steuerzahlers bedürftige Menschen mit Mietzuschüssen unterstützen und

damit den „Miethaien“ die Taschen zu füllen?

Russland führt einen verabscheuungswürdigen Krieg gegen die Ukraine. Sanktionen vieler Länder sind die Folge. Plötzlich fließt kaum noch Gas. Nun versucht jeder seinen „Reibach“ zu machen. Mit vervielfachten Preisen werden auf dem Weltmarkt Gas und andere Energie eingekauft.

Deutschland ist wirtschaftlich - noch - relativ gut aufgestellt und versucht mit Gas- und Energiepreisbremse die Wirtschaft und die Bevölkerung zu schützen. Andere EU-Länder, die wirtschaftlich weniger gut dastehen, wollen gegenüber den Lieferanten einen Deckel aufsetzen. Hier endet aber die oft

beschworene Solidarität der BRD in der EU!

Der Linken-Chef Martin Schirdewan kritisierte Scholz' Haltung. „Die deutsche Blockade des EU-Gaspreisdeckels beim Einkauf muss beendet werden“, forderte er. Mit einem solchen Preisdeckel könne man „Preiswucher“ der Gaskonzerne im Ansatz unterbinden, statt nur die überhöhten Preise für die Verbraucher herunterzusubventionieren. Weltweit müssten aber mehr Staaten ins Boot geholt werden. „Scholz muss endlich aufhören, durch Alleingänge und Blockaden die europäische Solidarität zu sabotieren, die im kommenden Winter zentral sein wird“, so Schirdewan.

*Peter Mildner*

# Die 30ste totale Niederlage der USA

*Pressemitteilung des Vorstands „NETZWERK CUBA“: In der UN-Generalversammlung votieren 185 Staaten gegen die US-Blockade und für Kuba! Eindeutiger Abstimmungssieg von Kuba in der UN-Vollversammlung gegen die USA. Die US-Blockade gegen Kuba zum 30sten Mal einhellig verurteilt. Biden-Regierung völlig isoliert.*

Am Donnerstag, dem 3. November 2022, hat die UN-Generalversammlung zum 30. Mal seit 1992 erneut mit fast einhelliger, überwältigender Mehrheit die Blockade der USA gegen Kuba verurteilt und ihre Beendigung gefordert. 185 Staaten votierten für das unverzügliche Ende der US-Blockade. Lediglich zwei Staaten waren für die Blockade (USA, Israel) und zwei enthielten sich der Stimme. Bislang wurden diese eindeutigen Niederlagen des US-Imperialismus und der klare Sieg Kuba von fast allen deutschen Medien totgeschwiegen.

Mit deutlichen Erklärungen prangerten alle RednerInnen die von den USA seit 1960 unilateral verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade an als völkerrechtswidrig und eklatante Menschenrechtsverletzung. Sie forderten von der US-Regierung zudem, Kuba von der „Terrorliste“ zu nehmen. In zahlreichen Statements wurde die US-Politik als brutaler, rücksichtsloser Verstoß gegen die UN-Charta und Prinzipien des internationalen Friedens, als Wirtschaftskrieg, ökonomischer Terrorismus und als Genozid der Supermacht gegen den kleinen benachbarten, karibischen und friedfertigen Inselstaat verurteilt. Das Ziel der US-Blockade gegen Kuba ist seit Beginn „das wirtschaftliche Leben zu schwächen..., damit die nominalen und realen

Löhne sinken, um so Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung zu erreichen“.

Die US-Blockade verursacht in Kuba enorme Schäden und beinträchtigt eine selbstbestimmte Entwicklung. Allein der direkte öko-

nomische Schaden Kubas beträgt bislang insgesamt 1.391 Milliarden US\$ (bzgl. \$-Gold-Preis) und das BIP wurde in diesem Jahr um etwa 4,5 Prozent gesenkt. Dies wird in Jahresberichten der kubanischen Regierung faktenreich dargelegt. Die brutale Blockadepolitik hat extrem dramatische Folgen für die Bevölkerung in Kuba: Geldüberweisungen von Familienangehörigen werden verunmöglicht, auswärtige Unterstützung sogar für Gesundheitsprojekte wird verhindert, wichtige Medikamente können nur auf Umwegen und überteuert importiert werden, das Transportwesen muss massiv eingeschränkt werden, US-Touristen dürfen nicht nach Kuba etc.pp. Außerdem schädigt die Blockade Unternehmen, Banken, Organisationen, sogar Vereine und Bürger:innen in allen Ländern, verletzt deren Bürger- und Freiheitsrechte. Die US-Institutionen maßen sich mit den „extraterritorialen Effekten“ an, ausländische Akteure

zu hohen Geldstrafen zu nötigen, weil sie mit kubanischen Institutionen und Partnern kooperieren oder Handel betreiben. Investoren werden durch diese „Politik der Angst“ abgeschreckt.

Trotz dieser überwältigenden Ab-



stimmungsergebnisse ignorieren die USA die weltweite Forderung für ein Ende ihrer schändlichen Blockade, verletzen weiterhin Menschen-, Völker-, Handels- und EU-Recht. Sie sind international isoliert und unglaubwürdig, stehen als Aggressor und Angeklagter vor der Welt. Doch die westlichen Regierungen äußern sich zwar gegen die Blockade, unternehmen aber bislang nichts Konkretes, sondern lassen dieses Unrecht geschehen und beteiligen sich daran.

## **Leserzuschrift**

*Hallo... anbei meine Spende für die LINKE. Besonders beeindruckend und unsere Zustimmung findend war für uns der Beitrag von Wolf Gommert in der Ausgabe August 22 in „Links der Elbe“.*

*Viele Grüße Fam. H.*

# „Thomas Mann, lyrisch-dramatischer Dichter“

Paul Thomas Mann wurde am 6. Juni 1875 in Lübeck geboren. Er hatte vier Geschwister und wuchs in wohlhabenden Verhältnissen auf, der Vater war seit 1877 Senator für Wirtschaft und Finanzen. Nach dessen frühem Tod 1891 wurden Unternehmen und Wohnhaus in Lübeck verkauft, Mutter und Kinder konnten von den Zinsen der Erlöse leben.

Seine Schulzeit empfand Thomas als stumpfsinnig, 1894 legte er die mittlere Reife mit mäßigen Leistungen ab. Er begann früh zu schreiben, gab eine Schülerzeitschrift „Der Frühlingssturm“ heraus und unterschrieb Briefe schon als Vierzehnjähriger mit „Thomas Mann. Lyrisch-dramatischer Dichter“. 1894 verließ er vorzeitig das Gymnasium und wurde Volontär in einer Feuerversicherungsgesellschaft. Aber das Schreiben war seine Leidenschaft, und schon 1894 wurden seine erste Novelle und Gedichte publiziert. Aufgrund dieses Erfolges gab er seine Versicherungstätigkeit auf und begann Vorlesungen an der TH München zu besuchen.

1896 folgte er seinem Bruder Heinrich nach Italien, in die Nähe von Rom. Dort begann er mit dem Roman „Buddenbrooks“. Zeitweise veröffentlichte er auch Beiträge für eine antisemitische Monatsschrift, bei der sein Bruder tätig war. Ein Jahr arbeitete er in der Redaktion des „Simplicissimus“.

1900 endete seine militärische Laufbahn als „Einjährig-Freiwilliger“ nach drei Monaten wegen Dienstuntauglichkeit, da es ihm durch Beziehungen seiner Mutter gelang, einen Oberstabsarzt zu bewegen, bei ihm Plattfüße zu diagnostizieren. Wem das bekannt vorkommt, der

hat die „Bekenntnisse des Hochstaplers Felix Krull“ gelesen oder den Film gesehen!

1901 wurde sein Roman „Buddenbrooks“ veröffentlicht, eine Art Familiengeschichte der Manns. Viele der Porträtierten waren wegen der mit Ironie gezeichneten Figuren nicht gerade begeistert. Lange Zeit war das Verhältnis der Lübecker Bürger zu dem inzwischen bekannten Literaten gespannt. 28 Jahre

re dort in seinem Roman „Der Zauberberg“.

Der Kriegsausbruch 1914 versetzte viele deutsche Literaten in euphorische Stimmung. Thomas Mann hielt den Krieg prinzipiell für notwendig, um den „verworfensten Polizeistaat der Welt, das zaristische Russland, zu zerschlagen.“ Vergleiche, vor allem nach 100 Jahren, hinken, aber irgendwie erinnert uns das... Den Kontakt zu seinem Bruder Hein-



später erhielt Thomas Mann für die „Buddenbrooks“ den Nobelpreis für Literatur.

Thomas Manns homoerotische Schwärmereien für Jünglinge fanden auch Niederschlag in seinen literarischen Werken. Er entschied sich für ein „geordnetes“ Leben und heiratete 1905 Katharina (Katia) Pringsheim aus einer angesehenen Münchener Familie. Sie hatten sechs Kinder. Als Katia längere Zeit wegen Verdachts auf Tuberkulose in einem Sanatorium in Davos verbrachte, beschrieb Thomas Mann seine Eindrücke von der Atmosphä-

rich und anderen Schriftstellern, die gegen chauvinistische Ideen anschieben, hatte er weitgehend abgebrochen. Gegen Kriegsende distanzierte sich Thomas Mann von dieser Phase politischen Denkens. Die Ermordung von Außenminister Walther Rathenau beeinflusste seine Entscheidung für die Weimarer Republik und ihre Werte. Er wurde Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei und war Gründungsmitglied der Sektion Dichtkunst bei der Preußischen Akademie der Künste. 1927 wurde Mann in den Literaturbeirat der Stadt München berufen. Dort nahmen ab 1929 im-

mer mehr die politisch Rechten Einfluss, und er konnte sich mit seinen Ideen immer weniger durchsetzen.

Mit einem Teil des Preisgeldes für den Nobelpreis 1929 konnte Thomas Mann die Schulden seiner Kinder Erika und Klaus nach ihrer Weltreise tilgen. In Nidden auf der Kurischen Nehrung ließ er ein Sommerhaus bauen, das seit 1996 als Thomas-Mann-Kulturzentrum gepflegt wird. Als die Familie 1933 emigrierte, verlor sie einen großen Teil ihres Vermögens, vor allem Immobilien. Nach den Reichstagswahlen 1930, die den Nationalsozialisten großen Stimmenzuwachs gebracht hatten, entschloss sich Thomas Mann zu einem „Appell an die Vernunft“, in dem er den Nationalsozialismus „eine Riesenwelle exzentrischer Barbarei und primitiv-massendemokratischer Jahrmarktsrohheit“ nannte mit „Wiederholen monotoner Schlagworte, bis alles Schaum vorm Munde hat“. Wer aus der Generation unserer Eltern und Großeltern hat das 1930 schon mit solcher Klarheit erkannt?

Den Winterurlaub verbrachten die Manns in Arosa, Katia war dort im Waldsanatorium zur Kur. Es wurden zugleich ihre ersten Tage im Exil. Mann erklärte seinen Austritt aus der Preußischen Akademie der Künste, er war nicht bereit, eine Treueerklärung gegenüber der nationalsozialistischen Regierung abzugeben. Er wurde aus dem Münchener Literaturbeirat ausgeschlossen, seine Werke blieben von der Bücherverbrennung verschont, nicht aber die von Heinrich und von Klaus Mann.

Zunächst lebten die Manns bei Zürich, in Deutschland gab es einen Schutzhaftbefehl. Zu seinem 60. Geburtstag in Küsnacht wurde er begeistert gefeiert. Unter anderem auf Betreiben des Gesandten Ernst

von Weizsäcker wurde den Manns, sowie Golo, Elisabeth und Michael die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt. Die Universität Bonn entzog ihm 1936 die Ehrendoktorwürde. 1938 übersiedelten die Manns endgültig in die USA. Auf die Frage, ob er das Exil als schwere Last empfinde, sagt er der New York Times: „Where I am, there is Germany. I carry my German culture in me.“ Thomas Mann erhielt eine Gastprofessur in Princeton, seine Werke fanden großen Absatz, und er erhielt fünf Ehrendokortitel. 1939 erschien sein Roman über Goethe, „Lotte in Weimar“.

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges sprach Mann Texte für seine Radiosendung „Deutsche Hörer!“ auf Platte. Per Luftpost gingen sie nach New York und per Kabel nach London, wo die BBC über Langwelle bis in das deutsche Reichsgebiet sendete. Ab 1943 arbeitete Mann am „Doktor Faustus“. Dazu hatte er

## Thomas-Mann-Straße

zahlreiche musikwissenschaftliche Lehrbücher und Biografien gelesen. Im westlichen Nachkriegsdeutschland nahm man ihm die Gedanken von der Kollektivschuld der Deutschen, die er schon in seinen Rundfunksendungen der Alliierten geäußert hatte, übel. Die Bombardierung deutscher Städte kommentierte er mit den Worten: „Alles muss bezahlt werden.“

Besonders seit Beginn des Kalten Krieges war Thomas Mann von der Politik der USA enttäuscht und fasste den Entschluss, nach Deutschland zurückzukehren. 1951 musste er als „Verteidiger von Stalin und Genossen“ Rechenschaft über seine Aktivitäten vor dem „Komitee für unamerikanische Umtriebe“ ablegen. 1952 kehrten die Manns mit

Tochter Erika in die Schweiz zurück. Als Thomas Mann zu Goethes 200. Geburtstag Deutschland besuchte, äußerte er in Anspielung auf westdeutsche Zeitungen: „Ich kenne keine Zonen. Mein Besuch gilt Deutschland selbst und keinem Besatzungsgebiet.“ In Weimar wurde ihm der Goethe-Nationalpreis verliehen, in Frankfurt hielt er eine Rede in der Paulskirche. Er stand unter polizeilichem Schutz, da es im Vorfeld Drohbriefe gegeben hatte. 1955, zum 150. Todestag Friedrich Schillers, hielt er die Festreden in Stuttgart und in Weimar.

Im Frühsommer 1955 hatte er ein letztes Mal Travemünde und seine Vaterstadt besucht, in Lübeck bekam er die Ehrenbürgerwürde verliehen. Sein letztes Lebensjahr war von Schmerzen und zunehmender Kreislaufschwäche geprägt. Am 12. August verstarb Thomas Mann achtzigjährig in Zürich. Carl Zuckmayer: „Ein Leben hat sich erfüllt, das nur einem einzigen Inhalt gewidmet war: dem Werk deutscher Sprache, dem Fortbestand europäischen Geistes.“ Alle Veröffentlichungen und alle Ehrungen für Thomas Mann anzuführen, würde den Rahmen sprengen. Es gibt Gedenktafeln an Stätten seines Wirkens, Biografien und Handbücher über Thomas Mann. Vielleicht sollte man einfach (wieder) mal etwas von ihm lesen!

*Regina Michael, Oktober 2022*

*Quellen: Wikipedia und Geleitwort Thomas Manns zu Erika Manns Buch „10 Millionen Kinder“*

*Apropos Gedenktafeln: Unser Redaktionsmitglied Peter Fischer hat ein weiteres Mal bei der Wohnungsgenossenschaft Elbtal wegen der bei Bauarbeiten abgenommenen Erinnerungstafel am Hartmut-Fiedler-Ring nachgefragt. Wird die Tafel nun vielleicht doch angebracht?*

# Buchempfehlungen

## Ellen Brombacher: Deutsch-jüdisches Familienbild

neues leben Berlin, 2022 ISBN: 9783355019132, 18 €

Ellen Brombacher legt Erinnerungen vor, die einzigartig sind. Ihr Vater Ernst Harter, Dachdecker, saß in Sachsenhausen und Mauthausen, die Mutter Brunhilde Meyerstein, eine jüdische Kommunistin, entzog sich durch Flucht den Nazis und schloss sich dem belgischen Widerstand an. Ein Großteil der



Familie wurde in Auschwitz und Theresienstadt ermordet. In den fünfziger Jahren, im Kalten Krieg, war die Familie in der Adenauer-Republik neuerlicher Verfolgung ausgesetzt und floh 1959 in die DDR. In ihrem Buch berichtet Ellen Brombacher über das Leben ihrer von den Nazis verfolgten Eltern und deren Familien, sie dokumentiert mit ungewöhnlichen persönlichen Dokumenten, Briefen aus den Konzentrationslagern und erschütternden Zeugnissen aus der Kriegs- und Nachkriegszeit deren Lebensweg.

## Uwe Behrens: Feindbild China - Was wir alles nicht über die Volksrepublik wissen

Verlag Das Neue Berlin, edition ost 2021, 15 Euro, ISBN 9783360018960

China, das Reich der Mitte, hat in den letzten Jahrzehnten einen beispielhaften wirtschaftlichen Aufschwung erfahren. Uwe Behrens, der 27 Jahre in diesem Land lebte und arbeitete, informiert in zehn Frageblöcken kenntnisreich, wie die Volksrepublik es schaffte, ohne Demokratie westlichen Vorbilds ihre Wirtschaft auf den heutigen Stand zu heben, mit welchen Schwierigkeiten sie dabei zu kämpfen hatte und welche Probleme noch immer bestehen.



Mit dem Hintergrund jahrelanger Erfahrung als Transportökonom klärt Uwe Behrens über Handelswege wie die neue Seidenstraße auf und thematisiert darüber hinaus die kritische wie parteiische

Perspektive des Westens. Das rasche wirtschaftliche Wachstum und die damit einhergehende wachsende Bedeutung der Rolle Chinas in der Weltpolitik werden in den westlichen Medien und der Politik seit Jahren negativ betrachtet. Chinesische Wissenschaftler werden aus den USA ausgewiesen, Dumpingvorwürfe erhoben und Import- oder Exportverbote ausgesprochen. Wer kann es China also verübeln, andere Wege zu gehen, neue Handelspartner für sich zu gewinnen? Uwe Behrens beantwortet als Experte Fragen zur Unterdrückung von Minderheiten, Territorialkämpfen, Cyberkriminalität und der Behandlung der Menschenrechte.

## Impressum

### Links der Elbe

Zeitung des örtlichen Verbandes Heidenau-Dohna-Müglitztal der Partei DIE LINKE  
Herausgeber: DIE LINKE. örtlicher Verband Heidenau-Dohna-Müglitztal

### Redaktion

Steffen Wolf, Wiesenstraße 3, 01809 Heidenau; Peter Mildner, Güterbahnhofstraße 26, 01809 Heidenau (peter.mildner@onlinehome.de)  
Für den Inhalt der Artikel sind die Autoren verantwortlich. Die Redaktion behält sich vor, sinnwahrende Veränderungen vorzunehmen.  
Fotos: privat

Die Zeitung wird durch Spenden finanziert. Empfohlene Spende pro Zeitung 1,00 €

DIE LINKE SOE  
Volksbank Pirna e.G.  
IBAN: DE75850600001000932345  
BIC: GENODEF1PR2  
Kennwort: Links der Elbe Heidenau

Redaktionsschluss 21.11.2022